



**Jochen-Konrad Fromme**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Abs.: J.-K. Fromme, MdB, Platz der Republik, 11011 Berlin

An die  
Föderalismuskommission  
über die Leitung des Sekretariats

**Herrn Dr. Peter Struck**  
Deutscher Bundestag

**Herrn Günther H. Oettinger**  
Staatsministerium Baden-Württemberg  
Richard-Wagner-Str. 15  
70184 Stuttgart

Per E-Mail: [komm-bundesrat@bundestag.de](mailto:komm-bundesrat@bundestag.de)

**Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 227 77247  
Fax: 030 227 76756

**Wahlkreis**  
38275 Haverlah  
Bäckerweg 2  
Tel.:05341 833205  
Fax: 05341 331956  
Email:  
[jochen-konrad.fromme@bundestag.de](mailto:jochen-konrad.fromme@bundestag.de)

**Berlin, den 02.12.2008**

H:\FöKo IINBT-2008-Föko II -Brief Fromme an  
Vors Schuldenbremse-28-11-08.doc

Kommission von Bundestag und Bundesrat  
zur Modernisierung  
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Arbeitsgruppe 1  
AG 1 – 26

## **AG 1 „Frühwarnsystem, Konsolidierung, Schuldengrenze“ Finanzmarktkrise**

Sehr geehrte Herren Vorsitzenden,

aus Anlass der aktuellen Finanzmarktkrise möchte ich für die nächste Sitzung der AG 1 am 4. Dezember 2008 auf einige Aspekte einer Schuldengrenze hinweisen:

1. Die Verabschiedung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes hat gezeigt, dass bei entsprechendem finanzpolitischem Handlungsdruck und trotz einer in der Sache durchaus streitigen Debatte Gesetze mit großer Mehrheit verabschiedet werden können. Nicht nur die Große Koalition, sondern auch eine Oppositionsfraktion haben schließlich dem Gesetz zugestimmt. Aufgrund dieser aktuellen Erfahrung könnte es der Verfassungsgesetzgeber durchaus wagen, die Kreditaufnahme des Staates für Ausnahmefälle an eine qualifizierte Mehrheit, wie z. B. 2/3, zu knüpfen.
2. Die aktuelle Finanzmarktkrise wird über den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), also ein „Sondervermögen“ im Sinne von Art. 115 Abs. 2 GG, aufgefangen. Ähnliches hat sich bereits in früheren Fällen bewährt, wie z. B. beim Ausgleichsfonds Währungsumstellung. Das haushaltspolitische Instrument „Sondervermögen“ wurde in der

Föderalismuskommission II meiner Erinnerung nach nie zur Disposition gestellt und sollte, wie die aktuelle Erfahrung zeigt, auch erhalten bleiben.

3. Unabhängig davon kann der Staat Anteile an Unternehmen erwerben und diesen Erwerb mit Krediten finanzieren. Es besteht meines Erachtens in der Kommission weitgehend Übereinstimmung, dass künftig auf die „Nettoveränderung“ staatlichen Vermögens abzustellen ist und z. B. Privatisierungen und kreditfinanzierte Investitionen aus dem zulässigen Verschuldungsvolumen „herauszurechnen“ wären. Sowohl nach dem Gesetzentwurf des BMF, als auch nach meinem Vorschlag für die AG 1 wäre eine kreditfinanzierte Übernahme von Anteilen an Banken ohne Einfluss auf den zulässigen Kreditrahmen möglich.
4. Konjunkturelle Zyklen mit einer Rezessionsphase gehören zum Ablauf der Wirtschaftsgeschichte und sind damit als Realität in jedes System einzupreisen. Die gegenwärtige Finanzkrise hat uns dies schmerzlich bewusst gemacht. Um bei Rezessionen gegensteuern zu können, ist es wichtig, dass die Schuldengrenze eine „Konjunkturkomponente“ enthält, mit der konjunkturbedingte Mindereinnahmen im Haushalt mit Krediten adäquat aufgefangen werden können. Die Konjunkturkomponente darf aber nicht dazu beitragen, dass sich vorhandene strukturelle Haushaltsdefizite verfestigen. Ich denke, auch dies sollte in der Kommission mehrheitsfähig sein.

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, wie wichtig der Staat in einer Krise ist, und dass er gerade auch in Krisensituationen finanzpolitisch handlungsfähig bleiben muss. Die jüngste Entwicklung auf den Kapitalmärkten hat eindrucksvoll die Kreditwürdigkeit Deutschlands, u. a. ausgedrückt in der hohen Bonität der Bundesanleihen, gezeigt. Die Finanzierungskosten anderer europäischer Ländern haben sich im Vergleich zu Bundesanleihen teilweise signifikant verschlechtert. In diesem Zusammenhang muss ich allerdings an die in der Wirtschaftspresse geführte Diskussion um das AAA-Rating der Bundesrepublik Deutschland in der Endphase der rot-grünen Koalition erinnern, denn dies zeigt: Die Kreditwürdigkeit eines Landes ist keine unverrückbare Größe, sondern auch Deutschland muss sich seine Kreditwürdigkeit verdienen und für die Zukunft wappnen.

Gerade, um den Staat finanzpolitisch handlungsfähig zu halten und die hohen sozialen Standards, die man in Deutschland gewohnt ist, zu bewahren, muss jetzt eine Schuldengrenze kommen. Die Finanzmarktkrise erweist sich somit nicht als Argument *gegen*, sondern *für* eine effektive Schuldengrenze.

Mit freundlichen Grüßen

